

Sonderausschuss zur Schule

Beschlussvorschlag zum Aus der Oberschule Borgsdorf wurde konkretisiert

Von Jürgen Liebezeit

HOHEN NEUENDORF ■ Konkretisiert wurde gestern der Antrag der Fraktionen CDU, SPD/FDP und Grüne zum Schulstandort Borgsdorf. Unter anderem soll ein Sonderausschuss gegründet werden.

„Wir wollen mit unserem Vorschlag einen Diskussionsprozess anstoßen“, erläuterte CDU-Fraktionschef Matthias Rink auf einem Pressegespräch. Ziel der gemeinsamen Initiative sei es, die Bildungschancen für Kinder aus der Region wohnortnah zu verbessern, sprach er auch für Inka Gossmann-Reetz, Vorsitzende der SPD/FDP-

Fraktion, und Christian Goetjes, Chef der bündnisgrünen Fraktion.

Dazu soll die Borgsdorfer Oberschule geschlossen werden. Sie wird seit Jahren von wenigen Eltern als Erstwunsch angegeben und überlebt nur durch Zuweisungen. Vorgeschlagen wird, schon zum neuen Schuljahr keine neuen Klassen aufzunehmen. Zeitgleich soll die Regine-Hildebrandt-Gesamtschule so ausgebaut werden, dass die Kinder aus Borgsdorf – im Prinzip bis zu zwei Klassen – dort zur Schule gehen können. „Es wird kein Kind auf der Straße stehen“, versicherten die drei Stadtpolitiker. Auf Vorschlag der drei Frakti-

onschefs soll sich die Stadt Hohen Neuendorf finanziell am Ausbau der Gesamtschule in der Nachbarkommune beteiligen. Im Gespräch sind zurzeit 500 000 Euro. „Kommunalpolitik hört nicht an der Stadtgrenze auf“, erklärte Inka Gossmann-Reetz das mögliche Engagement auf fremden Territorium. Die Stadtverwaltung soll Verhandlungen mit dem Schulträger, also dem Landkreis, aufnehmen. Weiter soll das Oberschule-Gebäude als Grundschule genutzt werden (wir berichteten).

Hintergrund dieses Vorschlags sei die ungünstige Perspektive für die Borgsdorfer Oberschule, nachdem die

Erweiterungspläne von Mühlenbeck bekannt wurde. Das engagierte Kollegium könne das Konzept angesichts der Gesamtschul-Konkurrenz in der Region nicht realisieren. „Der Schultyp Oberschule kommt in den S-Bahn-Gemeinden nicht an“, fasste Goetjes zusammen. Deshalb bestehe akuter Handlungsbedarf. Er räumte ein, dass „in der Stadt die Bildungspolitik verpennt wurde“.

Um die zahlreichen offenen Fragen schnell und sachlich klären zu können, soll ein Sonderausschuss ins Leben gerufen werden, kündigte Rink gestern an. „Bislang gibt es nur Ideen, aber noch keine Fakten“, konstatierte

Rink, der selber in Borgsdorf zur Schule gegangen ist.

Mit diesem Vorstoß, der in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit findet wird, wird der auf dem so genannten Bildungsgipfel vom Dezember im Landratsamt konterkariert. Damals gingen Schulträger und Bürgermeister der vier S-Bahn-Gemeinden davon aus, die Schulstandorte in Birkenwerder, Mühlenbeck und Borgsdorf retten, beziehungsweise ausbauen zu können.

*

Der Beschlussvorschlag soll auf der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 29. Januar, ab 18.30 Uhr im Rathaus beraten werden.